

KOMPAKT

Jiddisch

**VORTRAG** Unter dem Motto »Jiddisch hören, jüdisch sprechen« hält Boris Blahak am Donnerstag, 10. Dezember, 19 Uhr, einen Vortrag über Spracherwerbs- und Spracherinnerungsstrategien bei Franz Kafka und Max Brod. Blahak erläutert die Strategie, mit der sich Franz Kafka das Jiddische angeeignet hat, und wirft zugleich einen Blick auf die Konsequenzen, die Max Brod aus dem jüdischen Erwerbungsprozess seines Freundes zog. Der Referent ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Germanistik und Slavistik der Westböhmischen Universität Pilsen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören unter anderem die Prager deutsche Literatur und deutsch-slawisch-jüdische Sprach- und Kulturkontakte. Der Vortrag läuft als Livestream auf dem YouTube-Kanal des Adalbert Stifter Vereins ([www.youtube.com/channel/UCVvD-zyNzjS\\_KmukY\\_XMSQ5g/videos](http://www.youtube.com/channel/UCVvD-zyNzjS_KmukY_XMSQ5g/videos)). *ikg*



Nikolai Nerling (l.M.) bei einer Anti-Corona-Demo im November in Berlin; auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau (r.) wollte er im Februar 2019 ein Video gegen den »Schuldkult« drehen.



Epidemien

**YERUSHALMI LECTURE** Die jährlich vom Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur und von der Israelitischen Kultusgemeinde unterstützte Yerushalmi Lecture findet am Mittwoch, 16. Dezember, 19 Uhr, statt. Aufgrund der fortwährenden Corona-Beschränkungen läuft alles online. Die weltweit folgenschwere Covid-19-Pandemie gab wohl auch den Anstoß zum Vortragsthema des Sozial- und Medizinhistorikers Robert Jütte. Ausgehend von dem Zitat »Und sollten sie plagen mit allerlei Seuchen, Krankheiten und Schmerzen« analysiert Jütte »Epidemien in der jüdischen Geschichte«. 2016 erschien seine hervorragende Studie *Leib und Leben im Judentum* im Jüdischen Verlag/Suhrkamp-Verlag. Um den Zugangscodes für die Yerushalmi Lecture zu erhalten, ist eine Anmeldung bis spätestens 12 Uhr am Veranstaltungstag erforderlich per E-Mail unter [juedische.geschichte@lrz.uni-muenchen.de](mailto:juedische.geschichte@lrz.uni-muenchen.de) oder telefonisch unter 089/2180 5570. *ikg*

Chanukka

**LIVESTREAM** Das Lichterzünden an der großen Chanukia auf Einladung von Chabad Lubawitsch und mit Unterstützung der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern verwandelt den Jakobsplatz jedes Jahr in eine Partymeile für Hunderte Münchner. Diesmal macht das Coronavirus der Planung jedoch einen Strich durch die Rechnung. Trotzdem findet das Ereignis statt – ohne Ehrengäste und Besucher, aber dafür live im Internet zu verfolgen unter [www.chanukka-live.de](http://www.chanukka-live.de). Per Videoschaltung übermitteln IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch, Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Oberbürgermeister Dieter Reiter und andere Persönlichkeiten ihre Grußbotschaften zum Fest. Das Lichterzünden findet am Donnerstag um 16.30 Uhr statt. *ikg*

**JUSTIZ** Charlotte Knobloch sieht Handlungsbedarf, um Antisemitismus rechtlich besser bekämpfen zu können. Das macht auch das jüngste Urteil gegen den »Volkslehrer« deutlich

VON HELMUT REISTER

Die Dimension, die der Hass im Internet angenommen hat, und die Art und Weise, wie offen dort Antisemitismus transportiert wird, haben nicht nur exponierte Repräsentanten der jüdischen Gemeinschaft wie Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, bereits oft genug selbst erlebt. Die vielen Gesichter, hinter denen sich Judenhass verbirgt, gehören längst zum Alltag im Netz und stellen nach Knoblochs Überzeugung eine Herausforderung für den Gesetzgeber dar.

Vor zwei Wochen hat das Landgericht München den rechtsextremen Videoblogger und Holocaustleugner Nikolai Nerling wegen Volksverhetzung zu 6000 Euro Geldstrafe (150 Tagessätze à 40 Euro) verurteilt. Der »Volkslehrer«, wie sich der vor zwei Jahren aus dem Schuldienst in Berlin entlassene Grundschullehrer in seinen Internet-Auftritten nennt, hatte im Februar 2019 auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau ein Video gegen den von ihm so bezeichneten »Schuldkult« drehen wollen. Zugleich verharmloste und relativierte er gegenüber Jugendlichen die Verbrechen der Nazis, die im KZ Dachau begangen wurden. Die Aussagen der Schüler, die als Zeugen vor Gericht auftraten, waren schließlich auch ein wesentlicher Grund für Nerlings Verurteilung.

**LANDGERICHT** Karl Freller, der Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten und Vizepräsident des Bayerischen Landtags, sprach mit Blick auf die Entscheidung des Münchner Landgerichts von einem »eindeutigen Zeichen«. Die Leugnung von NS-Verbrechen, Hass und Verachtung dürften in unserer Gesellschaft keine Chance haben, kommentierte er das Urteil. Gabriele Hammermann, die Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau, machte

ebenfalls klar, dass rechtsextremistische und rassistische Äußerungen und Symbole auf dem Gelände auch künftig mit rechtlichen Mitteln verfolgt würden.

Mit dem Urteil selbst ist die Gedenkstättenleiterin allerdings nur bedingt zufrieden. Auf der einen Seite sei es ein positives Signal, dass der »Volkslehrer« überhaupt verurteilt wurde. In einer Erklärung zur Entscheidung des Gerichts verweist Hammermann jedoch darauf, dass die Gedenkstätte es außerordentlich bedauere, »dass das Gericht in seinem Urteil hinter den Forderungen der Staatsanwaltschaft zurückbleibt«. Man prüfe nun »die eigenen rechtlichen Möglichkeiten. Rechtsmittel gegen dieses Urteil sind möglich«, äußerte sich die Leiterin der Gedenkstätte.

Die Staatsanwaltschaft hatte in dem zweitägigen Verfahren gegen den Holocaustleugner Nerling eine sechsmonatige Haftstrafe gefordert, konnte sich damit aber vor dem Landgericht nicht durchsetzen. Die Richter blieben sogar noch deutlich unter der Geldstrafe von 10.800 Euro, die das Amtsgericht Dachau in erster Instanz festgesetzt hatte.

**RECHTSEXTREMISMUS** An der rechtsextremen Gesinnung Nerlings besteht kein Zweifel, auch nicht an seiner weitreichenden virtuellen Vernetzung in einschlägigen Kreisen. Sein YouTube-Kanal, der vom Betreiber vorübergehend vom Netz genommen worden war, hatte vor der Sperrung im April vergangenen Jahres 60.000 Abonnenten. Nerling betreibt eine eigene Internetseite sowie Kanäle auf dem Messenger-Dienst Telegram und dem Videportal BitChute. Neben Interviews mit bekennenden Holocaustleugnern wie Ursula Haverbeck und Vertretern der sogenannten Reichsbürger berichtet er in seinen Videoclips über die Teilnahme an rechtsextremen Veranstaltungen und eigene Flugblatt- und Plakataktionen zur »zionistisch-jüdischen Weltverschwörung«.

Einige seiner Beiträge wurden mehr als 100.000-mal angeklickt.

Der »Volkslehrer« Nikolai Nerling ist der lebende Beweis für die starke Einflussnahme von Rechtsextremisten auf die sogenannten Corona-Leugner. Mehrfach nahm er mit der Parole »Rechts und links gegen BRD-Faschismus« an nicht genehmigten Demonstrationen teil und veröffentlichte ein Video mit dem Titel »Corona Conto Holocaust«. Er gehörte auch zu den 300 Demonstranten, die Ende August den Bundestag stürmen wollten. Mitte November wurde er bei Protesten vor dem Berliner Reichstagsgebäude kurzzeitig festgenommen.

Im Strafregister schlägt sich Hetze gegen Juden nur ansatzweise nieder.

Im Strafregister schlägt sich seine wohlformulierte, aber unmissverständliche Hetze gegen Juden nur ansatzweise nieder. Die Geldstrafe des Münchner Landgerichts nimmt dabei noch den »Spitzenplatz« ein. Abgesehen davon finden sich lediglich zwei einstweilige Verfügungen des Landgerichts Frankfurt von Anfang des Jahres.

Darin wurde Nerling die Veröffentlichung von zwei Videobeiträgen verboten, in denen antisemitische Äußerungen als vermeintliche Zitate berühmter Zeitgenossen verlesen wurden. Die Staatsanwaltschaft Berlin wirft Nerling unter anderem die Verharmlosung von Gräueltaten des Nationalsozialismus, Leugnung des Holocaust, Zeigen des Hitlergrüßes sowie Beleidigung und körperliche Misshandlung vor. Ob diese Anklage vom Gericht zugelassen wird, ist auch ein Jahr nach ihrer Erhebung offen.

Die Notwendigkeit einer rechtlichen Nachbesserung, die Charlotte Knobloch schon seit längerer Zeit fordert, um den in

seinen Erscheinungsformen gewandelten, weitaus vielschichtigeren Antisemitismus der Gegenwart besser bekämpfen zu können, musste die IKG-Präsidentin in diesem Jahr gleich mehrfach anmahnen. So war es bislang auch nicht möglich, den von der Stadt ausgesprochenen Platzverweis gegen Pegida-Chef Heinz Meyer rechtlich durchzusetzen.

Mit einem Plakat in der Hand, auf dem er gegen die Beschneidung wettete, hatte er sich auf dem Jakobsplatz neben der Synagoge platziert. »In Wirklichkeit geht es ihm nicht um Kritik an jüdischer Religion. Was er will, ist, Angst und Schrecken zu verbreiten«, analysiert Charlotte Knobloch diese Auftritte und weist auf die Erkenntnisse der Behörden hin sowie auf Meyers Kontakte zu einem Helfer des Mordtrios NSU und zur verbotenen rechtsextremen »Kameradschaft Süd«, von der zwei Mitglieder an der Planung eines Bombenanschlags auf die Grundsteinlegung des Gemeindezentrums beteiligt waren.

**STREITFALL** Während das Verwaltungsgericht den Platzverweis gegen Meyer schon vor einer endgültigen Gerichtsentscheidung aufhob und damit signalisierte, wohin die »Reise« am Ende gehen dürfte, ist ein anderer Streitfall bereits entschieden. Die Stadt München muss der Kampagne »Boycott, Divestment and Sanctions« (BDS) trotz eines Mehrheitsbeschlusses im Stadtrat städtische Räumlichkeiten für Veranstaltungen zur Verfügung stellen.

Bei Charlotte Knobloch stößt diese Entscheidung auf Unverständnis. »Der BDS-Kampagne geht es schlicht darum, dass Israel aufhören soll, in seiner bestehenden Form zu existieren. Das ist ungefilterter Israelhass und hat mit einer kontroversen politischen Auseinandersetzung nichts zu tun.« Sie hofft, dass das Bundesverwaltungsgericht, das die Stadt in diesem Fall anrufen will, einen genaueren Blick auf die israelfeindliche Bewegung werfen wird.

Vernetzt und engagiert

**WAHL** Der Verband Jüdischer Studenten in Bayern stimmte am Sonntag über Vorstand und Satzungsänderungen ab

Michael Movchin bleibt der Vorsitzende des Verbandes Jüdischer Studenten in Bayern (VJSB). Bei der Mitgliederversammlung, die wegen der Corona-Pandemie ins Internet verlegt werden musste, wurde er in seinem Amt bestätigt. Mit ihm im Vorstand sitzen David Münz, der für Kultus und Finanzen zuständig ist, sowie Ron Sobol, der für die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen verantwortlich ist.

Einstimmig wurden bei der Zusammenkunft verschiedene Satzungsänderungen beschlossen, die den Verband noch stärker an die jüdischen Gemeindefunktionen heranführen sollen. Davon sollen auch die jungen Menschen profitieren, die Bayern erst vor Kurzem als Lebensmittelpunkt gewählt haben. »Uns geht es darum«, erklärte Michael Movchin, »möglichst viele junge Jüdinnen und Juden aus Bayern miteinander zu vernetzen und deren Stimme zu erheben.«

Der Verband Jüdischer Studenten, der von der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern unterstützt

wird, ist die größte und älteste bayerische Vereinigung jüdischer Studierender und junger Erwachsener. Er repräsentiert

rund 1000 Mitglieder im Alter von 18 bis 35 Jahren. Eine seiner zentralen Aufgaben sieht der VJSB in der Stärkung des

politischen Aktivismus junger jüdischer Menschen. Aktiv wurde der Verband im vergangenen Jahr in der Auseinandersetzung mit demonstrierenden Corona-Leugnern. Die öffentlich geäußerte Kritik am Tragen des Judensterns von Demonstrationsteilnehmern hatte einen Shistorm zur Folge. »Ich wurde beschimpft und sogar mit Mord bedroht«, berichtet Michael Movchin.

Schon seit mehreren Jahren beschäftigt sich der VJSB mit den Auftritten der israelfeindlichen Kampagne »Boycott, Divestment and Sanctions« (BDS). Mit Bestürzung wurde deshalb die vorläufige Entscheidung des Verwaltungsgerichts zur Kenntnis genommen, wonach das BDS-Auftrittsverbot in städtischen Räumen aufgehoben wurde. »Wir haben in einem Schreiben an Oberbürgermeister Dieter Reiter dafür plädiert, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen«, erklärte Michael Movchin. *hr*



Die Vorstandsmitglieder des VJSB sind David Münz, Michael Movchin und Ron Sobol (v.l.).